viel Zeit über Verletzungen Deutschlands verlieren, das in keiner Periode der Geschichte dieser Erörterungen, nicht als es Schlesien überrannte, nicht als es Polen teilte, sich mit solchem Zynismus als den Zerstörer der nationalen Unabhängigkeit, als unerbittlichen Feind der Menschheit und der Würde der zivilisierten Nation gezeigt hatte. Polen, dessen Heldengeist die grausamste der nationalen Tragödien überdauert hat, wird mit einer Vierteilung bedroht, und um sein Leiden noch zu vergrößern, haben sie die Entscheidungen, durch die die letzten Spuren seiner Unabhängigkeit vernichtet werden sollen, auf trügerische Versprechungen gegründet. Was von Polen und Rußland gilt, gilt nicht minder von Rumänien, das vom Strom unbarmherziger Herrschsucht überschwemmt wird. Mit Macht wird der Friede laut verhandelt, aber unter dem dünnen Mantel der Worte lauert die brutale Wirklichkeit des Krieges. Die unverhüllte Herrschsucht der gesetzlos gewählten Friedensverträge, wie diese, werden und können wir nicht anerkennen. Unsere Ziele sind sehr verschieden. Wir kämpfen und werden weiter kämpfen um ein für alle Mal dieser Politik des Plünderns ein Ende zu machen, um an ihre Stelle die friedliche Herrschaft der organisierten Gerechtigkeit zu setzen. (!) Wenn wir die Einzelheiten dieses langen Krieges vor unseren Augen vorüberziehen lassen, erkennen wir immer deutlicher, daß die Kämpfe um die Freiheit überall im Zusammenhange miteinander stehen, sodaß man sie nicht einzeln aufzuzählen pflegt. Soll die Gerechtigkeit und Wahrheit gewinnen, so weit das Ergebnis von künftigen Schlachten abhängt, so dürften die Nationen, deren Schicksal in der Schwebe ist, auf die Heere vertrauen, die selbst unter schwierigeren Bedingungen als die gegenwärtigen sich der großen Aufgabe, die ihrer Tapferkeit anvertraut ist, mehr als gewachsen gezeigt haben.

Dazu bemerkt Wolffs Telegraphenbüro: Sehr schmeichelhaft für die russischen Unterhändler ist dieser Erguß gerade nicht. Mit Rücksicht auf die Behandlung Hollands und anderer neutraler Staaten durch die Entente kann man auch dieses gegnerische Propagandadokument geruhsam zu den übrigen legen.

**Die Friedensgerüchte in Italien.**

Der italienische Minister des Innern versandte an alle Präfekten eine Verordnung, in der alle umlaufenden Gerüchte über einen bevorstehenden Frieden als falsch und völlig unbegründet bezeichnet werden. Die Präfekten werden aufgefordert strafrechtlich gegen die Verbreiter solcher Gerüchte vorzugehen da man darin nichts weiter als ein heimtückisches feindliches Manöver (Natürlich! D. Schriftltg.) erblicken müsse.

**Massenverhaftungen in Paris.**

Die vereinigten Linkssozialisten der französischen Kammer haben über die in den letzten Tagen erfolgte Massenverhaftung in Paris und im Seinedepartement eine Interpellation an Clemenceau eingebracht. Aus dem Inhalt der Interpellation ergibt sich, daß die Zahl der Verhafteten 150 übersteigt, und daß der Grund der Verhaftungen die Bekundung von Friedensgesinnungen im Verkehr mit dem Heere ist.

## Eine Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

**Erörterung im Hauptausschuß des Reichstages.**

Eine Denkschrift des Fürsten Felix Lichnowsky der bis Kriegsausbruch Deutscher Botschafter in London gewesen, bildete gestern den Gegenstand interessanter Erörterungen im Hauptausschuß des Reichstages. In dieser Denkschrift schiebt der Fürst die Schuld am Kriege der deutschen Diplomatie zu. Dabei streicht der Fürst seine eigene Tätigkeit in London sehr stark heraus und hat für die Engländer nichts als Worte des Lobes. Vom Vizekanzler v. Payer wurde nun gestern im Hauptausschuß dieses absonderliche Schriftstück einer scharfen Kritik unterzogen. v. Payer teilte mit, daß der Fürst erklärt habe, daß die Denkschrift lediglich private Aufzeichnungen enthalte, die nur durch einen groben Vertrauensbruch an die Oeffentlichkeit gekommen sein können. Die Denkschrift sei übrigens in neutralen Zeitungen bereits veröffentlicht worden. Der Fürst sei aus dem Reichsdienst verabschiedet worden. Zu einem Einschreiten gegen den Fürsten liege keine Handhabe vor. In der anschließenden Erörterung verurteilten Redner aller Parteien, auch der Sozialdemokraten, das Vorgehen Lichnowskys sehr scharf. Dabei kam die deutsche Diplomatie im Allgemeinen schlecht weg. Unterstaatssekretär v. Stumm erwiderte auf die Anfragen, wer für die Ernennung des Fürsten Lichnowsky verantwortlich sei, was sie veranlaßt habe und weshalb er von seinem Posten in London nicht abberufen worden sei, daß die Ernennung vom Kaiser im Einvernehmen mit dem für die Ernennung verantwortlichen Reichskanzler erfolgt sei. Der Fürst habe eine Reihe diplomatischer Stellungen im Ausland bekleidet. In allen diesen Stellungen habe er sich bewährt, so daß ein Grund, den Fürsten Lichnowsky in die Stellung eines Botschafters nicht aufrücken zu lassen, nicht vorgelegen habe. In London hat sich der Fürst mit Eifer und Hingabe seiner Aufgabe gewidmet. Nachdem seine Hoffnungen auf Herbeiführung einer deutsch-englischen Verständigung durch den Kriegsausbruch vernichtet worden seien, sei der Fürst in einem Zustand starker Erregung nach Deutschland zurückgekehrt und habe mit seiner Kritik der deutschen Politik schon damals nicht zurückgehalten. Seine Erregung sei durch die scharfen Angriffe gesteigert worden, denen er in der deutschen Presse ausgesetzt gewesen sei. Dieser Umstand mußte bei der Bewertung der Denkschrift in Betracht gezogen werden.

## Der Schiffsraub an Holland.

**Mißstimmung in holländischen Reederkreisen.**

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Auf der Börse wurde bekannt, daß unsere Regierung die Uebereinkunft mit England und Amerika angenommen hat. Die Rotterdamschen Reeder haben es für so gut wie zweifellos gehalten, daß die Niederlande die gestellten Bedingungen nicht annehmen würden. Da es doch geschehen ist, ist dadurch für ihre materiellen Interessen besser gesorgt, als wenn die Alliierten ihre Schiffe ohne weiteres in Beschlag genommen hätten. Mitgeteilt wird, daß England und Amerika imstande sein werden, torpedierte niederländische Schiffe zu ersetzen, aber man rechne jetzt in jedem Falle auf entsprechende Geldentschädigungen, denen die Reeder aber begreiflicherweise nicht viel Wert beimessen, weil es fürs erste wohl nicht möglich sein wird, neue Schiffe bauen zu lassen. Das alles hindert aber nicht, daß auch in den Kreisen der Reeder Mißstimmung über die Entscheidung herrscht, die allgemein als eine Ernteortigung und als ein nicht gut begreiflicher Entschluß empfunden wird. Deshalb müßte man auch die Mitteilung der Regierung abwarten. Uebrigens herrsche in vielen Kreisen Unruhe über das Schicksal der niederländischen Besatzung der in Amerika liegenden Schiffe, die vermutlich in schwierige Verhältnisse geraten und von denen sich eine Anzahl vielleicht weigern wird, auf bewaffneten Schiffen in das Sperrgebiet zu fahren.

**Die Wegnahme aufgeschoben.**

Die Erörterung in Washington über die Verwendung der holländischen Schiffe durch freiwillige Uebereinkunft oder auf dem Wege der Requisition dauert fort, während die Regierung die holländische Antwort erwartet. Die Wegnahme ist jedoch aufgeschoben, bis die Antwort eingegangen ist, was nicht vor Dienstag der Fall sein wird.

**Die deutschen Steinkohlenzufuhren nach Holland unterbrochen.**

„Nieuwe Arnhemsche Courant" meldet, daß seit Dienstag, nach Annahme des Ultimatums der Entente durch Holland, die deutschen Steinkohlenzufuhren nach Holland unterbrochen seien.

## Deutscher Reichstag.

**Die Friedensverträge. — Annahme der Kriegskredite.**

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung standen zunächst

**Anfragen.**

Abg. Dr. Müller-Meiningen (f. V.), beschwert sich darüber, daß beim Armeekorps Hannover Landsturmleute genötigt werden, sich einverstanden zu erklären, ihre Dienste auf mindestens 4 Monate von der Demobilmachung ab zu verlängern. Wer nicht bereit ist, hat die sofortige Zuführung zum Frontdienst zu gewärtigen.

Oberst von Braun: Es ist für die Uebergangszeit erforderlich, daß eingearbeitete Leute in den Büros bleiben. Ein Druck soll nicht ausgeübt werden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (zur Ergänzung): Ein Druck wird doch ausgeübt. Es scheinen noch genügend k.-v. Leute in den Büros beschäftigt zu sein.

Oberst von Braun: Die Beschäftigung von k.-v. Leuten würde gegen die Bestimmungen verstoßen. (Lachen.) Die Zurückhaltung eingearbeiteter Kräfte ist unbedingt nötig.

Abg. Keinath (natl.) wünscht Ausdehnung des Auslandsnachrichtendienstes Deutschlands.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsamts erklärt, daß diese Frage von der Reichsregierung eifrig verfolgt werde. Die Vorarbeiten seien soweit gefördert, daß demnächst Handel, Industrie und Landwirtschaft dazu gutachtlich gehört werden können.

Abg. Heckscher (f. V.) fragt nach dem gesundheitlichen Zustand im Lager zu Admednagar in Indien.

Ein Vertreter der Militärverwaltung gibt eine Darstellung in den indischen Lagern, die an großen Mängeln leiden, aber daß auch schon manche Verbesserungen eingetreten seien. Die Interessen der internierten Deutschen würden nachdrücklich verfolgt.

Abg. Freiherr von Richthofen (natl.), beschwert sich über die Paßschwierigkeiten im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erwidert, es sei nicht zu leugnen, daß die deutschen Paßvorschriften wesentlich milder seien als die österreichisch-ungarischen. Erleichterungen seien aber von der anderen Seite in Aussicht gestellt worden, ob diese genügten, wird noch geprüft werden.

Abg. Heckscher (f. V.) fragt nach der Richtigkeit der Blättermeldung, wonach der schweizerische Bundesrat Ador zu ungunsten Deutschlands dem italienischen Gesandten vertrauliche Mitteilungen gemacht habe.

Unterstaatssekretär von dem Bussche: Der Bundesrat Ador ist als wenig deutschfreundlich bekannt. Der schweizerische Bundesrat hat erklärt, daß Ador eine Ungehörigkeit sich nicht habe zu schulden kommen lassen.

Abg. Jäger (Ztr.) fragt nach Maßnahmen gegen die Steigerung der Mietspreise.

Ministerialdirektor Delbrück: Ueberall da, wo ein Bedürfnis vorliegt, werden Mietserleichterungsämter errichtet. Ihre Benutzung findet in ausgiebiger Weise statt.

Dr. Kunert (unabhängiger Soz.) fragt nach dem Reichstheatergesetz.

Unterstaatssekretär Caspari: Der Entwurf eines Bühnengesetzes ist ausgearbeitet. Die weiteren Vorarbeiten und die gutachtlichen Unterredungen sind aber durch den Krieg verzögert worden. Ob die Erledigung derselben noch vor Ende des Krieges erfolgen kann, bleibt abzuwarten. Die Angelegenheit wird aber möglichst beschleunigt.

**Die Friedensverträge im Osten.**

Hierauf wird die Aussprache über die deutsch-russischen und die deutsch-finnischen Friedensverträge fortgesetzt.

Abg. Stresemann (natl.): Die ganze Politik während der Regierung Kaiser Wilhelms II. war eine unbedingte Friedenspolitik. Niemals haben wir die Notlage anderer Völker ausgenutzt, um Deutschlands Macht auszubauen. Rußland war während des japanischen Krieges und England während des Burenkrieges deutscher Neutralität sicher. Italien konnte Tripolis sich aneignen, während wir die Freundschaft mit der Türkei aufs Spiel setzten. Alsdann ernteten wir den Krieg und den Haß fast der ganzen Welt. England hat stets nur nach seinen eigenen Interessen gehandelt, so jetzt auch den Neutralen gegenüber. Mit einem selbständigen Litauen sind wir einverstanden unter der Voraussetzung einer Militärkonvention mit Deutschland, sowie einer Zoll-, Münz- und Postunion. Eine völlige Selbständigkeit Litauens ist in der Praxis nicht durchführbar. Auch mit einem katholischen Herrscher für Litauen sind wir durchaus einverstanden. Wenn die Führer unserer Heere erklären, daß unsere Grenzen ungünstig sind, so muß diesen Forderungen entsprochen werden. Unsere Expedition in Finnland gilt der Fundierung des Friedens. Die deutschen Auslandsforderungen an Rußland müssen gesichert werden. Zur Beseitigung der Milliardenlast dürfen wir nicht auf eine Kriegsentschädigung verzichten. Die Friedensresolution des Reichstages war auf dem ethischen Gedanken gegründet, den Frieden herbeizuführen. Nach der schroffen Ablehnung der Friedensangebote darf unser Volk nicht zusammenbrechen auf Grund des Dogmas der Schonung der anderen. Den Ostfrieden haben uns unsere Waffen gebracht. Unsere Feinde werden auch die ganze Verantwortung für die politischen und wirtschaftlichen Folgen zu tragen haben. Auch im Westen sind wir weder militärisch noch wirtschaftlich niederzuringen. (Bravo.)

Nach Bemerkungen der Abg. Ledebour (unabh. Soz.), Graf Westarp (kons.), Fürst Radziwill (Pole) werden die Friedensverträge an den Hauptausschuß des Reichstags verwiesen. Es folgt die Beratung

**der Kriegskreditvorlage.**

Sie fordert bekanntlich 15 Milliarden Mark. Sie wird in 1. und 2. Lesung von allen Parteien angenommen.

* * *

Die Abgeordneten Schweickhardt, Gunßer und Dr. Thoma haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Nach Mitteilungen der inländischen und französischen Presse sind die bekannten französischen Fliegeroffiziere Garros und Marchal aus deutscher Gefangenschaft entwichen und nach Frankreich entkommen. Welche Vorsichtsmaßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um Wiederholungen ähnlicher Vorkommnisse nach Möglichkeit vorzubeugen?

## Spanien bleibt neutral!

**Eine Erklärung des Königs.**

Aus Madrid wird gemeldet: Der König eröffnete das Parlament mit einer Thronrede, in der er auf die herzlichen Beziehungen zu allen Völkern der Welt hinwies und erklärte, Spanien sei entschlossen, seine Neutralitätspolitik auch weiterhin zu verfolgen, da dies augenscheinlich dem Willen des Landes entspreche. Wenn sie aber auch dem Beispiel der friedlichsten Nationen folge, so sei die Regierung doch aufmerksam bedacht, die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande zu verstärken. Das Kabinett werde dem Parlament eine Vorlage zur Amnestie für alle politischen und sozialen Vergehen unterbreiten. Auch werde dem Parlament ein Entwurf zugehen über geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Eisenbahnnetzes durch den Bau neuer Linien, zur Steigerung der Kohlenförderung, zur Erhaltung der Wälder, zur Hebung der Landwirtschaft, sowie zur Vorbereitung der Häfen und Schiffahrt auf die starke Entwicklung des überseeischen Handels. Die wirtschaftlichen und finanziellen Mittel sollten durch Anleihen beschafft werden, um die Abwanderung von Kapital und Arbeit ins Ausland zu verhüten.

**Kleine politische Meldungen.**

**Neue Fliegerangriffe auf Süddeutschland.** Nach einem amtlichen Bericht vom Sonntag griffen feindliche Flieger die offene Stadt Zweibrücken in der Pfalz an. Die Stadt und die Betriebe waren rechtzeitig alarmiert worden. Es fielen mehrere Bomben, die keinen nennenswerten Sachschaden anrichteten. Leider wurde dabei ein Mädchen getötet, einige Personen verletzt. Am Sonntag mittag wurde die offene Stadt Kaiserslautern von feindlichen Fliegern angegriffen. Durch die Bomben wurde ziemlicher Häuserschaden verursacht. Leider wurden auch drei Männer und drei Frauen getötet und mehrere Personen verletzt.

**„Ein grober Vertrauensbruch".** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt unter der Spitzmarke „Ein grober Vertrauensbruch" folgendes: „Die Zeitungen veröffentlichen den Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung der Kriegsgewinne der Gesellschaften im vierten Kriegsjahre, der dem Bundesrat zugegangen sein soll. Die Veröffentlichung ist nur möglich geworden durch einen groben Vertrauensbruch einer beteiligten amtlichen Persönlichkeit. Sachlich hat die Mitteilung nur bedingten Wert, da sie aus dem Stadium der Vorverhandlungen über die neuen Steuervorlagen herausgerissen worden ist. Ein Beschluß des Bundesrats und damit eine Gewißheit, daß sich das Parlament mit einem solchen Steuervorschlag zu beschäftigen haben wird, liegt jedenfalls noch nicht vor.

**Unsere Deutschostafrikaner halten noch lange aus.** Die „Volksstimme" in Pretoria schreibt, daß es nach Mitteilungen der „Beira News" bis Weihnachten dauern könne, ehe man mit den letzten Deutschen und Askaris abgerechnet habe. v. Lettow-Vorbeck habe noch 300 bis 400 Weiße und 2000 Farbige unter seiner sehr aktiven Leitung, und es werde ihm vielleicht noch einmal gelingen, den Novuma wieder zu überschreiten.

**Die Wahl im Reichstagswahlkreise Zwickau,** wo infolge des Todes des Abgeordneten Stolle eine Ersatzwahl erforderlich geworden ist, wird nicht im Zeichen des Burgfriedens vor sich gehen, da beide sozialdemokratischen Parteien eigene Kandidaten aufstellen. Stolle gehörte zu der Unabhängigen Sozialdemokratie.

**Eine unerwünschte Vergeltungsmaßnahme.** Im englischen Unterhause fragte Hunt, ob keine deutschen höheren Offiziere an Bord der Hospitalschiffe und bewaffneten Schiffe untergebracht werden würden. Bonar Law antwortete, die Frage wäre zwar schon von den englischen Marine- und Militärbehörden sorgfältig erwogen worden, man habe aber nicht die Absicht, den Plan auszuführen.

**Rückberufung des Zaren?** In Rußland soll eine starke Strömung zur Rückberufung des Zaren bestehen. Gewissen soll der russische Thronfolger Kaiser werden.